



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 26. Januar bis zum 2. Februar)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(Vom 26. Januar bis zum 2. Februar)

Noch ist die schwere innerpolitische Krise in Preußen und Deutschland nicht überwunden und schon werden Sturmzeichen am internationalen Horizont sichtbar. Griechenland und die Türkei können oder wollen sich nicht über die Erledigung der Inselfrage einigen, und Rußland scheint es darauf anzulegen, alles zu verhindern, was zu einer Genesung und Wiedererstarkung der Türkei führen könnte. Die Politik der Türkei aber ist nicht ganz durchsichtig. Sie erscheint anmaßend nach der einen, nachgiebig auf der anderen Seite; im Innern wird, wie die Verabschiedung von rund zweihundert höheren Offizieren beweist, mit einer Schroffheit vorgegangen, die sich wohl Despoten oder Revolutionstribunale erlauben können, nicht aber konstitutionell begründete Regierungen. Doch Enver Pascha, der neue Kriegsminister, auf dessen Willen jene Maßregeln zurückzuführen sind, wird seine Landsleute kennen und wissen, was er ihnen zumuten darf. Mit gleicher Rücksichtslosigkeit hat Enver Pascha sich über die Gefühle der deutschen Offiziere hinweggesetzt, die die türkische Regierung im Herbst vorigen Jahres zur Reorganisation des Heeres berufen hatte. Die allmähliche Umwandlung der Stellung des Generals von Liman-Sanders aus einer befehlenden in eine beratende war wohl geeignet, das Selbstgefühl der davon betroffenen Offiziere zu beruhigen, doppelt, weil sie auf den Druck Rußlands hin erfolgte, und die russische Orientpolitik heute offenkundiger als sonst ihre Spitze gegen Deutschland und Österreich-Ungarn richtet. Dennoch wird man die äußere Zurücksetzung der deutschen Militärmission nicht gar so tragisch nehmen dürfen, wie es hier und da geschehen ist, und allein die Tatsache, daß Liman-Sanders nicht kurzerhand darauf verzichtet hat, unter den

neuen Bedingungen zu arbeiten, sollte beweisen, daß die zunächst Betroffenen eingedenk sind, daß sie ihr persönliches Interesse den großen Aufgaben der Politik, denen sie dienen wollen, unterordnen müssen. Mir will es sogar scheinen, als enthielte die Neuordnung der Dinge auch ihren guten Kern. Man erinnere sich, wie seinerzeit die deutschen Offiziere für die Niederlagen der Türkei verantwortlich gemacht wurden, wo doch ihre Stellung durchaus nur beratend war und die türkischen Machthaber sich nicht gebunden fühlten, die erteilten Ratschläge zu befolgen (vgl. Grenzboten 1912, Heft 48, S. 433). Wie versuchte es die ausländische Presse aus diesem Anlaß, unser militärisches System herabzusetzen! Als Befehlshaber hätte aber Liman-Sanders wie jeder Ausländer praktisch ebensowenig die Möglichkeit gehabt, seinen Willen in der türkischen Armee durchzusetzen, wie früher General von der Goltz als Berater. Passiver Widerstand, Intrigen, Schwierigkeiten in der Bewilligung von Geldmitteln zu Übungen und unvorhergesehenen Ausgaben hätten leicht seine Tätigkeit auf den toten Strang gebracht, wenn nicht die türkische Regierung, also der zuständige Minister, die volle Verantwortung vor dem Lande übernahm und ihre ganze Autorität hinter ihn stellte. Betteln und bitten und intrigieren und laviieren hätte ein solcher ausländischer „Befehlshaber“ müssen, um seinen Befehlen Geltung zu verschaffen, — beneidet, wenn er glücklich war, ausgelacht, wenn er das erstrebte Ziel nicht erreichte.

Nur seine Verantwortung nach außen hin wäre gewachsen und seine Stellung und damit der Ruf der deutschen Armee wären noch mehr exponiert worden, wie so schon. Heute liegt die Sache für alle Beteiligten erheblich einfacher. Enver Pascha ist dem Lande gegenüber voll verantwortlich. Er wird den Ruhm haben, wenn das Experiment glückt, ihn wird man steinigen, wenn er die gebotenen Ratschläge nicht zu verwerten verstand. Als Türke wird er wohl auch besser wie ein Ausländer ermessen können, was er aus dem Auslande übernehmen kann, und was nicht: er wird das bewährte deutsche System nicht starr als Ganzes annehmen, sondern es gewissermaßen ins Türkische übertragen, aber ich wiederhole, unter seiner Verantwortung, nicht unter der eines ausländischen Offiziers.

Unsere politische Stellung auf dem Balkan wird durch die freundschaftliche Nachgiebigkeit gegen die Türkei in nichts geändert. Sollte es den Türken wirklich nicht gelingen, ihren Staat lebensfähig zu erhalten, so wird die Entscheidung über die einzelnen türkischen Gebiete nicht von der türkischen Regierung getroffen werden. Deutschland wird dann nach Maßgabe der Größe seiner wirtschaftlichen Interessen diejenigen Ansprüche bei den anderen

interessierten Großmächten geltend machen, die es die Macht hat zu verteidigen — zu verteidigen mit der Intelligenz seiner Diplomaten und der Wucht seines Kapitals im Orient, mit seiner Armee und Flotte in Mitteleuropa! Doch hierüber brauchen wir uns, solange wir mit der Lebensfähigkeit der Türkei in ihren neuen Grenzen rechnen, die Köpfe nicht zu zerbrechen. Unsere wirtschaftlichen Interessen werden durch die Deutsche Bank eifersüchtig gehütet, und ihnen wird es kaum zum Nachteil gereichen, wenn wir uns den Türken gegenüber auch in Zeiten der Not als zuverlässige Freunde erwiesen.

Denjenigen, die die Angelegenheit der deutschen Militärmission glauben zum Anlaß nehmen zu müssen, um erneut pessimistische Ansichten über unsere auswärtige Politik zu verbreiten, möchte ich die Frage vorlegen, was sie glauben, daß getan werden sollte? Sollte die Mission ganz zurückgezogen und damit die Türkei vollends dem Einfluß der Ententemächte überantwortet werden? Oder sollte Rimans Stellung mit Waffengewalt durchgesetzt oder sollte Rußland gezwungen werden, seine Wünsche zurückzuziehen? Ich gebe zu, daß mir die zuletzt genannte Alternative die sympathischste gewesen wäre. Aber, frage ich mich, was wäre für uns zu gewinnen gewesen? Wo hätten wir zugreifen können? Um eines Schemens ohne praktischen Wert willen durfte doch nicht die Möglichkeit eines europäischen Krieges heraufbeschworen werden!? Schließlich aber denkt bei uns kein Mann in verantwortlicher Stellung daran, Kriege anzuzetteln, wenn wir in der Weltpolitik die gleichen Ergebnisse mit friedlichen Mitteln, durch die Intelligenz unserer Ingenieure und den zähen Fleiß unseres Kaufmannes, erreichen können. Das gibt unserer auswärtigen Politik, die dem außenstehenden Beobachter in Einzelfällen und besonders in früheren Jahren sprunghaft und ziellos erschien, tatsächlich eine Stetigkeit, um die uns unsere Gegner beneiden. Und man mag an der innerpolitischen Wirksamkeit des fünften Kanzlers noch so viel auszusetzen haben, man wird ihm und seinem Staatssekretär zubilligen müssen, daß sie die Stetigkeit auch in den Mitteln und in ihrem Auftreten zum Ausdruck zu bringen verstehen. Unser diplomatischer Apparat arbeitet heute leiser denn je. Aber nicht, weil er etwas Geheimnisvolles treibt, sondern weil seine Leiter sich auf sicherem Grunde wissen und weil sie der Kraft der weltwirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches vertrauen können.

Solchem Selbstvertrauen verlieh auch der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Herr Dr. Delbrück beredten Ausdruck, als er neulich bei Gelegenheit seines Etats im Reichstage über die Vorbereitung der Handelsverträge sprach. Die

Reichsregierung will die Kontrahenten an sich herankommen lassen und wartet darum mit verdeckten Karten ab, was man von uns haben will. Selbstverständlich ist man in den Reichsämtern nicht müßig, wenn man auch seine Trümpfe nicht zeigt.

Um was sich die Kämpfe in Parlament und Presse drehen werden, haben die neuntägigen Aussprachen im Reichstag gezeigt: die Landwirte werden ihre Getreidezölle zu verteidigen haben und noch mehr die Einfuhrscheine; die Industrie trachtet nach Erhöhung der Zölle ganz allgemein. Zwischen diesen Extremen wird die Regierung einen Mittelweg finden müssen. Ob sie es können wird, ohne, wie der Staatssekretär meinte, eine Revision des Tarifs vornehmen zu brauchen, muß die Zukunft lehren. Jedenfalls darf Dr. Böttgers Hinweis auf das Entstehen neuer Industrien und auf eine im Jahre 1902 noch nicht erwartete Entwicklung alter nicht unbeachtet bleiben; eine Verschiebung ist tatsächlich in allen Gewerben eingetreten und ihr muß der Zolltarif Rechnung tragen. — Harte Kämpfe werden um das Einfuhrsystem gekämpft werden. Die Leser der Grenzboten sind über die Frage von Freunden und Gegnern unterrichtet worden; auch einer russischen Stimme habe ich Gehör verschafft. Und gerade die russischen Ausführungen, die einem russischen Publikum nachweisen sollten, wieviel die deutsche Volkswirtschaft durch dies Einfuhrscheinsystem an Rußland verdient, sind es, die mich zu der Überzeugung führen, daß das System im Prinzip gesund ist und der Allgemeinheit zum Nutzen gereicht. Das gibt auch der ostelbische Freisinn unumwunden zu (s. Königsberger Hartungsche Zeitung). Wenn aber nur ein Bruchteil des Volks unter dem System leidet, so soll man trachten, diesen Bruchteil auf andere Weise zu entschädigen, nicht aber das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Ein Wort sei bei dieser Gelegenheit der Landarbeiterfrage gewidmet. In der agrarischen Presse sind in letzter Zeit Artikel erschienen, die auf die Möglichkeit hinweisen, Rußland könne, um auf die Handelsvertragsverhandlungen besonders einzuwirken, den Landarbeitern das Verlassen des Reichs in westlicher Richtung verbieten. Die Herren, die solches als Möglichkeit hinstellen, scheinen keine rechte Vorstellung von dem Können der russischen Verwaltung zu haben, aber sie haben auch keinen Begriff davon, welchen Nutzen Rußland aus den Wanderarbeitern zieht. Ein generelles Verbot zu erlassen, auf Wanderarbeit zu gehen, ist die russische Regierung seit dem Jahre 1905 außer stande. Was denkbar wäre, ist die Erhöhung der Paßgebühr. Gegenwärtig kostet der reguläre Bauernpaß 15 Rubel; für die Wanderarbeiter ist aber der Preis des

Passes auf 3 Rubel herabgesetzt worden, und zwar auf Drängen des damaligen Finanzministers Witte, der auf die Ersparnisse der Wanderarbeiter spekulierte. Daß die Spekulation richtig war, ergibt die einfache Tatsache, daß allein im Weichselgebiete (der Leser findet darüber ausführliche Angaben im ersten Bande meiner Zukunft Polens) die Ersparnisse aus bäuerlichen Kreisen zwanzig und mehr Millionen Mark pro Jahr betragen. Zieht man noch die litauischen und kleinrussischen Wanderarbeiter in Betracht, so dürfte die Ersparnissumme noch erheblich höher ausfallen. Hat die russische Regierung aber ein Interesse daran, solchen Nutzen aufs Spiel zu setzen? Das aber würde geschehen, wenn sie die Paßgebühr fühlbar erhöhen wollte.

Auch eine Ableitung der Binnenwanderung, wozu die Preußengänger gezählt werden müssen, nach dem Innern Rußlands wäre nicht recht denkbar. Der ganze Süden Rußlands wird aus dem Nordosten mit Erntearbeitern versorgt, die Kiemer Zuckerrübenplantagen erhalten im Frühjahr die notwendigen weiblichen Arbeitskräfte aus Podolien, Bessarabien, Tschernigow. Der Pole und Litauer geht nach Westen über die Grenze und an seine Stelle tritt der Weißrusse. Schon aus nationalpolitischen Gründen hätte die russische Regierung kein Interesse daran, den Strom umzukehren und den Einfluß der polnischen Magnaten in Westrußland durch polnische Arbeiter zu verstärken. Schließlich könnte Rußland noch durch verstärkte Eisenbahnbauten polnische Arbeiter im Lande zurückhalten. Zwei Milliarden Mark sind ja für die nächste Zeit dafür ausgeworfen. Rückwirken auf die Wanderarbeit könnte das aber nur, wenn die Bahnen in Westrußland und Polen gebaut würden. Davon ist bisher nichts bekannt geworden, wohl aber weiß man, daß Rußland seine großen Zufuhrbahnen im Süden und Osten ausbauen will.

Was also im schlimmsten Falle geschehen könnte, ist, daß die Paßgebühr für Preußengänger um einen oder gar zwei Rubel erhöht wird, ein Zoll, der unsere Landwirtschaft mit ein bis zwei Millionen Mark belasten würde, den wir aber um so leichter illusorisch machen könnten, je mehr Arbeiter wir aus Österreich-Ungarn beziehen. In keinem Falle dürfte die angebliche Drohung Rußlands mit dem Landarbeiterverbot uns irgendwie in unsrer Haltung dem Einfuhrscheinssystem gegenüber beirren. Bange machen gilt nicht! G. Cleinow

